

Wallis macht sich bereit für traumatisierte Flüchtlinge aus der Ukraine

Das Wallis stellt sich auf mehr Flüchtlinge aus der Ukraine ein. Diese benötigen zusätzliche Unterkünfte und geschultes Personal. Der Kanton reagiert und hat gemäss Staatsrat Mathias Reynard fürs Erste eine Taskforce eingesetzt.

Silvia Graber und Daniel Zumoberhaus

Die Zahl der ankommenden Flüchtlinge dürfte in den nächsten Tagen deutlich ansteigen. Der Kanton rechnet in den nächsten Wochen täglich mit rund 30 Neuankünften. Bis gestern Montag waren bereits 11'000 Ukrainerinnen und Ukrainer in der Schweiz, die aus ihrem Land geflüchtet sind.

Derzeit sind 127 Personen im Wallis, die aus der Ukraine geflüchtet sind und hier ein neues Zuhause gefunden haben. Zwei Drittel von diesen Geflüchteten sind bei Privatpersonen untergebracht, ein Drittel in kantonalen Infrastrukturen des Amtes für Asylwesen.

Von den 127 Personen befinden sich aktuell «nur einige» im Oberwallis, wie Staatsrat Mathias Reynard sagt, der Grossteil ist im Mittel- und Unterwallis. Reynard sagt: «Die Realität sieht derzeit so aus, dass die Mehrheit der ins Wallis geflüchteten Personen bei bekannten Familien oder Freunden untergekommen sind.»

Um den Flüchtlingsstrom in den nächsten Wochen bewältigen zu können, braucht es zusätzliche Angebote zu den bestehenden Asylzentren etwa in Visp oder in Vétroz. Reynard sagt: «Wir brauchen neue Infrastrukturen für diese Personen.»

Laut Verteilschlüssel des Bundes muss der Kanton Wallis vier Prozent der Flüchtenden aus der Ukraine, die in die Schweiz kommen, aufnehmen. Reynard rechnet damit, dass bereits in einigen Tagen Flüchtlinge aus nationalen Zentren ins Wallis kommen.

Eine Vielzahl dieser Menschen wird traumatisiert sein von

den Geschehnissen in ihrer Heimat, der Ukraine. Diese Menschen werden besondere Unterstützung brauchen, wie es auch bei Flüchtlingen aus Afghanistan oder Syrien der Fall war. Reynard verspricht, personelle Ressourcen zu schaffen, um diesen Menschen gebührend helfen zu können. Er sagt: «Wir haben im Amt für Asylwesen Personen mit Kompetenzen für diese Hilfe. Doch es braucht mehr professionelle Personen, die sich der traumatisierten und vom Krieg gebeutelten Menschen annehmen und sich um sie kümmern.»

Bereits sind acht neue Stellen geschaffen

Der Kanton rekrutiert derzeit Personal, welches die Flüchtlinge unterstützen kann. Acht neue Stellen seien dafür bereits geschaffen worden, so Reynard weiter. Es brauche etwa einen Chef für die verschiedenen Infrastrukturen, dann etwa mehrere Sozialarbeiter und weiteres Personal mit Profilen für die neue Infrastruktur, für die Asylzentren einerseits und die Koordination der privaten Hilfe andererseits. Reynard sagt zur Personalfrage: «Das ist eine Priorität des Staatsrats nebst einem guten Konzept und einer guten Infrastruktur.»

Erst einmal bei uns angekommen und untergebracht, wird in einem weiteren Schritt die Integration dieser Menschen zum Thema. Priorität dafür hätten die Asylzentren und der Bereich Gesundheit, erklärt Reynard.

Viele der Geflüchteten sind Frauen mit Kindern. Diese Frauen brauchen zur Unterstützung ihrer Söhne und Töchter etwa auch Kinderkrippen für die Betreuung oder spezielle Ange-



Staatsrat Mathias Reynard sagt: «Es gibt Konzepte für die Integration.» Bild: pomona.media/Alain Amherd

bote an Schulen wie Sprach- und Integrationskurse.

Zudem hat der Kanton bereits eine Taskforce eingerichtet, die sich der verschiedenen Probleme annimmt. Die Taskforce soll in diversen Bereichen tätig sein und zuhanden des Staatsrats Vorschläge ausarbeiten. Darin vertreten sind mehrere Instanzen des Kantons, die Taskforce wird geleitet von Marie-Claude Not-Ecoeur, Chefin der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär beim Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport. Jede Woche soll ein Schwerpunkt im Staatsrat thematisiert werden.

Wie viele Kinder bereits die öffentlichen Schulen besuchen, ist Reynard nicht bekannt. Er sagt: «Was wir wissen, ist, dass es Konzepte für die Integration gibt, das ist wichtig für die Familien und die Kinder.» Am Mittwoch wird die erste Staatsratssitzung stattfinden mit der Flüchtlingspolitik als Schwerpunkt auf der Agenda. Mit dem Zusammenspiel der verschiedenen Departemente sollen die Informationen zusammengetragen werden, um die Ziele gemeinsam erreichen zu können.

Gemäss Sandro Steiner, Adjunkt der Dienststelle für Un-

terrichtswesen, besuchen im Unterwallis bereits 23 ukrainische Schulkinder die öffentliche Schule. Ein Jugendlicher geht an ein Kollegium.

Dank für die grosse Solidarität im Wallis

Reynard spricht die grosse Solidarität der Walliser Bevölkerung an für die Menschen in einem neuen Land mit einer neuen Realität: «Sie brauchen Stabilität und Integration, um sich hier zurechtzufinden.» Um die Situation möglichst gut bewältigen zu können, hat der Kanton die Bevölkerung und die Gemeinden letzte Woche dazu aufgerufen,

Unterkünfte anzugeben. Diese werden dringend gesucht.

Die Dienststelle für Sozialwesen DWS sucht primär nach Infrastrukturen in sämtlichen Regionen des Wallis, die als Einzel- oder Gruppenunterkünfte genutzt werden können. Die Vorschläge werden von einer Anlaufstelle des Kantons entgegengenommen. Bisher konnte das Amt für Asylwesen umgehend rund 300 Plätze in Strukturen freigeben und wird ab Anfang April weitere 400 Plätze in neuen Sammelunterkünften anbieten können.

Wie werden Privatpersonen entschädigt?

Privatpersonen, die bei sich zu Hause Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen möchten, können sich bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH melden. Die SFH vermittelt und koordiniert schweizweit interessierte Gastfamilien.

Privatpersonen, die bereits Flüchtlinge bei sich aufgenommen haben, sind gebeten, diese beim Amt für Asylwesen zu melden, damit bis zur Ausstellung des Schutzstatus S durch den Bund die Krankenversicherung respektive die Arzt- und Arzneikosten gedeckt werden können.

Wie der «Walliser Bote» am Montag berichtete, erhalten etwa Hotels über 3500 Franken pro Monat und pro Person, wenn sie Flüchtlinge unterbringen.

Wie aber werden private Personen entschädigt, die zwei oder drei Flüchtlingen ein Zuhause anbieten, falls sie Entschädigungen verlangen? Reynard sagt: «Für diese Personen und Familien braucht es Hilfe, in welcher Form, darüber wird diskutiert.» Ein Entscheid dazu sei noch nicht gefallen.